

Kurzinformationen zur Sitzung des Landesvorstandes vom 17. Mai 2025

Der Landesvorsitzende begrüßt die Mitglieder des Landesvorstands sowie die anwesenden Gäste.

Aktuell-politisch

Wir danken unseren Landratskandidaten Torsten Koplin und Sebastian Lange herzlich für ihr Engagement. Dank ihres Einsatzes war Die Linke in den Landkreisen Mecklenburgische Seenplatte (MSE) und Vorpommern-Rügen (VR) präsent. Besonders in Neubrandenburg konnten herausragende Ergebnisse erzielt werden. Danke auch, an die zahlreichen Mitglieder, die die Landratswahlkämpfe unterstützt haben.

Gleichzeitig ist festzustellen, dass die Wahlergebnisse der AfD erschreckend hoch ausgefallen sind – eine Entwicklung, die alle Demokrat:innen beunruhigen muss. Besonders in MSE ist die Ausgangslage mit einem schwachen CDU-Kandidaten in der Stichwahl und einer sehr starken AfD äußerst schwierig. Wir werden sowohl über unsere Kandidat:innen vor Ort als auch über die Kanäle der Landespartei dazu aufrufen, eine erfolgreiche Wahl der AfD in der Stichwahl zu verhindern. Von den CDU-Kandidaten und dem parteilosen Kandidaten in VR erwarten wir im selben Atemzug aber, dass sie sich als glaubhafte Alternative zur AfD beweisen.

Die Ergebnisse machen auch deutlich, dass Absprachen über gemeinsame Kandidaturen mit anderen demokratischen Parteien – insbesondere mit der SPD – künftig noch wichtiger sein werden. Einen solchen Versuch haben wir über die Landesebene bereits im Vorfeld der Landratswahlen unternommen. Die SPD zeigte sich hierzu jedoch nur in Vorpommern-Greifswald und Ludwigslust-Parchim bereit, wo auf Kreisebene eine Verständigung erzielt werden konnte: Mit Erik von Malottki wurde ein gemeinsamer Kandidat von SPD, Linken und Grünen aufgestellt, mit Stefan Sternberg ein von uns unterstützter SPD-Kandidat.

Bei der Stichwahl um das Amt des Oberbürgermeisters von Neubrandenburg unterstützt Die Linke den parteilosen Bewerber Nico Klose.

Bericht vom Bundesparteitag

Der Parteivorstand hatte einen Leitantrag vorgelegt, der sich weniger auf die aktuelle politische Lage als vielmehr auf die interne Neuaufstellung unserer Partei nach der Bundestagswahl und dem damit verbundenen Mitgliederzuwachs konzentrierte. Innerhalb der Mitgliedschaft bestand jedoch ein starkes Bedürfnis, auf aktuelle politische Entwicklungen einzugehen. Der Leitantrag war in Teilen durch aktuelle Ereignisse bereits überholt, was zu zahlreichen Änderungsanträgen führte.

Im Leitantrag findet sich auch ein Passus zum Abstimmungsverhalten der Landesregierungen von Mecklenburg-Vorpommern und Bremen im Bundesrat. Dieser wurde vom Parteivorstand aufgenommen, um diverse Änderungsanträge zu diesem Thema zu integrieren und unsachlichere sowie spalterische Formulierungen zu vermeiden.

Zwei Anträge waren für unseren Landesverband von besonderer Relevanz: Der Antrag der Linksjugend, der sich in scharfen Worten und mit Rücktrittsforderungen gegen die Ministerinnen und Senatorinnen von M-V und Bremen richtete, wurde nach einer Gegenrede der Parteivorsitzenden Ines Schwerdtner abgelehnt.

Ein Antrag zur Antisemitismusdefinition, der kurz vor Ende der Tagung per Geschäftsordnungsantrag vorgezogen und mit äußerst knapper Mehrheit angenommen wurde, sorgte für erhebliche öffentliche Aufmerksamkeit. Mehrere Medien, politische Stimmen und auch etablierte jüdische Organisationen äußerten teils scharfe Kritik. Auch parteiintern hat dieser Beschluss zu Auseinandersetzungen geführt. In Runden der Fraktionsvorsitzenden der Länder mit dem Parteivorstand wurde deutlich, dass es einer besseren Vorbereitung bedurft hätte, um diesen Antrag sachgerecht zu behandeln. Viele Delegierte wussten vermutlich gar nicht genau, worüber sie abstimmten. Ein derart komplexes, wissenschaftlich geprägtes Thema kann nicht in wenigen Minuten mit Für- und Gegenrede angemessen verhandelt werden.

Die Debatte im Landesvorstand hat gezeigt, dass der Beschluss mehrheitlich als unnötig und problematisch empfunden wird. In welcher Form wir uns künftig mit dem Thema befassen, wird der geschäftsführende Landesvorstand beraten und dem Landesvorstand zeitnah einen Vorschlag unterbreiten.

Aus dem Landesvorstand heraus wurde der Wunsch geäußert, sich in einer der kommenden Sitzungen mit der Novellierung des Kindertagesförderungsgesetzes (KiföG) zu beschäftigen.

Berichte aus den Ministerien

Bildungsministerium:

Das neue Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz zur Anerkennung ausländischer Abschlüsse wurde ins Parlament eingebracht. Die Schulgesetznovelle befindet sich in ihrer finalen Phase. Schwerpunkte liegen insbesondere auf Digitalisierung und Datenschutz.

Die Finanzierung des Projekts „Schule ohne Rassismus“ ist gesichert; es bleibt jedoch im Zuständigkeitsbereich des Wissenschaftsministeriums.

Justizministerium:

Für die Interventionsstellen gegen häusliche Gewalt in Schwerin und Rostock konnten 100.000 € zur Weiterfinanzierung gesichert werden.

Bericht aus dem Wahlstab

Die erste Sitzung des Wahlstabs zur Vorbereitung der Landtagswahlen hat stattgefunden. Ziel war es, die Arbeitsweise zu klären und die Planung der kommenden Treffen abzustimmen. Zur nächsten Sitzung am 30. Mai werden die Landesvorsitzenden der ostdeutschen Bundesländer eingeladen, in denen im vergangenen Jahr Landtagswahlen stattfanden. Auch wenn unsere Ausgangslage derzeit deutlich besser ist, möchten wir aus ihren Erfahrungen lernen.

Außerdem sollen auf der kommenden Sitzung erste Gespräche mit potenziellen Verantwortlichen für die empirisch-wahlstrategische Vorbereitung und Konzeption der Wahlkampagne geführt werden.

Landesparteitag / Landesvertreterversammlung

Der Landesvorstand hat beschlossen, dass der nächste Landesparteitag am 15. November in Friedrichsruhe (Kreisverband Ludwigslust-Parchim) stattfinden wird. Zudem wurden die neuen Delegiertenschlüssel für den darauffolgenden Landesparteitag sowie für die Landesvertreter:innenversammlung beschlossen. Außerdem wurde entschieden, dass diese beiden Veranstaltungen im kommenden Jahr nicht mehr an zwei aufeinanderfolgenden Tagen stattfinden sollen, sondern zeitlich getrennt werden. Über die genaue Terminierung beider Veranstaltungen entscheidet der Landesvorstand in seiner nächsten Sitzung.

Die nächste Sitzung des Landesvorstands findet voraussichtlich am 21. Juni statt.